

Sehr geehrte Damen und Herren von der MOZ-Redaktion!

Über den Konflikt um das Gemeindehaus in Senftenhütte wurde in der MOZ ausführlich und zutreffend berichtet.

Die Aufklärung des Widerspruchs zwischen der tatsächlichen Nutzung des Hauses als Gemeindehaus und der Aktenlage der UBAB, die das Haus nur als Verkaufsstelle führt, wurde verweigert.

Man hätte ja mal in den Nutzungs- und Bebauungsplan, in die Steuerakte des Hauses und andere Dokumente schauen können. Kein Interesse. Der Ruf nach Aufklärung (MOZ, 7.11.2015) wurde einfach vom Tisch gewischt, getreu dem alten Motto: „Keine Fehlerdiskussion, wir blicken nach vorn!“

Ich betrachte dies als Sieg der fragwürdigen Aktenlage einer Behörde über die Wirklichkeit. Es ist die UBAB, die mit ihrer Registratur die Wirklichkeit definiert. Das hat schon Züge von Orwells „1984“.

Nach der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanz- und des Entwicklungsausschusses scheint es jetzt „eine Frage des Geldes“ zu sein (MOZ, 12.11.2015). Dabei beobachten wir wieder das alte Spiel, dass mit Zahlen operiert wird, die nicht belegt sind. Das ist kein transparentes Verfahren. Ich kann nur hoffen, dass sich die Gemeindevertreter das nicht bieten lassen. Die Verwaltung hat sich am Willen des kommunalen Parlaments zu orientieren und nicht ihr eigenes Süppchen zu kochen, selbst wenn sie dabei mit einzelnen einflussreichen Gemeindevertretern kooperiert.

Wenn man die Dinge nüchtern betrachtet, dann muss man sagen, es ist Aufgabe der Politik, Mehrheiten für gute Lösungen zu mobilisieren und Wege aufzuzeigen, wie die anstehenden Probleme gelöst werden können. Es ist Aufgabe der Verwaltung diese Wege kompetent zu beschreiten.

Beim Konflikt um das Gemeindehaus in Senftenhütte gewinnt man den Eindruck, es wirkten zwei fatale Komponenten zusammen: Bei einflussreichen Politikern in der Gemeinde fehle es am guten Willen, der Verwaltung aber an der Kompetenz. Das Gemeinwohl, an dem sich politisches und Verwaltungshandeln orientieren sollte, bleibt auf der Strecke.

Nur so ist es wahrscheinlich zu erklären, dass man zwei als gemeinnützig anerkannten Vereinen den Stuhl vor die Tür setzt und einem Gewerbetreibenden den Mietvertrag kündigt. Will man die besenreine Immobilie im kommenden Jahr vielleicht an einen privaten Nutzer verscherbeln? Dem sollten sich die gewählten Gemeindevertreter widersetzen und an ihren Beschlüssen festhalten.

Hartmut Lindner

16.11.2015